

AM RANDE DES INFARKTS

Die Gerichte sind miserabel organisiert und vorsintflutlich ausgestattet, Schlamperei und Faulheit besorgen den Rest: Schwerverbrecher müssen freigelassen werden, simple Zivilverfahren dauern Jahre. Ein fragwürdiges neues Gesetz soll Entlastung bringen. Nun kommen viele Kriminelle leichter davon als bisher.

Die 37 Jahre alte Hamburgerin starb in der Küche vor den Augen des Sohnes. Ihr Lebensgefährte hatte der Frau im Soff ein Brotmesser in den Bauch gerammt.

Zu dem Kriminalfall Ende Februar mußte sich, ungewöhnlich genug, Hamburgs Justizsenatorin Lore Maria Peschel-Gutzeit (SPD) erklären. Der Hergang der brutalen Tat, wiegelte sie ab, „eignet sich nicht, um Schelte am Justizsystem zu üben“. Vielleicht doch: Der notorische Gewalttäter lief frei herum, weil die Justiz, völlig überlastet, mit dem Verurteilen nicht mehr nachkommt.

Zwei Jahre zuvor hatte der Messerstecher einen Bekannten auf dieselbe Art umgebracht. Monatelang aber schaffte es die Justiz nicht, ihn zu verurteilen. Als dann auch noch ein medizinischer Sachverständiger krank wurde, der den Geisteszustand des Angeklagten begutachten sollte, kapitulierte die Justiz und entließ den Delinquenten aus der Untersuchungshaft.

Ein Beschluß mit tödlichen Folgen – doch er kann sich jederzeit wiederholen. Allein in Hamburg mußten die Richter im vergangenen Jahr rund 20 mutmaßliche Verbrecher ohne Strafe laufenlassen, weil sie keine Zeit für ein Urteil fanden – darunter Schläger und Totschläger, Rauschgiftdealer und Räuber.

Auf freiem Fuß blieb auch ein 41 Jahre alter Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien, der bereits im Juni 1988 in Hamburg auf seinen Schwiegersohn geschossen hatte und danach in seiner Heimat abgetaucht war. Drei Jahre später kehrte er als Flüchtling nach Deutschland zurück.

Die Justiz klagte ihn zwar prompt wegen gefährlicher Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes an. Ins Gefängnis mußte der Schütze trotzdem nicht – weil angeblich keine Fluchtgefahr bestand. Tatsächlich blieb der Mann in Hamburg. Ende März erschöß er ohne erkennbaren Grund in seiner Asylunterkunft zwei Ägypter.

Solche Fälle seien der „Offenbarungseid der Justiz“, gibt Hamburgs Landgerichtspräsident Roland Makowka, 62, zu: „Wir arbeiten seit Jahren mit einem Notprogramm.“ Auch andernorts stehen die Gerichte vor dem Kollaps. Ob Berlin, München, Frankfurt oder auch Gera: In nahezu allen größeren Städten kamen in den letzten Monaten Betrüger, Diebe, Dealer, Räuber und sogar brutale Gewalttäter ohne Prozeß aus dem Knast, weil die Justiz es nicht schafft, die gesetzlichen Fristen einzuhalten, oder allzu milde mit Begriffen wie Flucht- oder Wiederholungsgefahr hantiert.

Aufsehen erregte der Fall eines 18 Jahre alten Frankfurter Jugendlichen, der

48mal wegen Fahrens ohne Führerschein, meist in gestohlenen Autos, erwischt und immer wieder auf freien Fuß gesetzt worden war – weil angeblich keine Wiederholungsgefahr bestand. Erst nach dem letzten Klauversuch, Ende Juli, fand sich ein Richter, der den Serientäter, diesmal wegen Fluchtgefahr, in U-Haft steckte.

Wenn es einem Gericht nicht gelingt, einen Täter binnen sechs Monaten auch abzuurteilen, muß der Beschuldigte normalerweise aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen werden – was nicht selten vorkommt. Dem Rechtsstaat fällt es offenbar immer schwerer, seine Bürger zu schützen.



Deutscher Richter*, deutsches Justizbüro (in der Geschäftsstelle des Landgerichts)

* Karikatur von A. Paul Weber (1893 bis 1980).

Polizisten arbeiten folglich oft für den Papierkorb, müssen zusehen, wie mühsam geschnappte Kriminelle frei umherlaufen oder abtauchen.

Schuld an der „Bankrotterklärung“ (der hessische FDP-Parlamentarier Jörg-Uwe Hahn) tragen vor allem die zuständigen Ministerien und die Gerichte selbst: Miserable Ausstattung, chaotische Organisation, Schluderei und Faulheit lähmen die Rechtspflege.

„Im Gerichtsbetrieb knirscht es“, klagt der rheinland-pfälzische Justizminister Peter Caesar, „und dies zum Teil beachtlich.“ Immer mehr Verfahren und Termine würden aufgeschoben, Ladungen und Urteile blieben im Schreibdienst hängen. Die „Rückstände“, urteilt der Freidemokrat, nähmen „besorgniserregend zu“.

„Wenn man uns nicht hilft“, so Roman Herzog, 59, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, „dann saufen wir ab.“

Die Schwäche der Justiz ist nicht nur ein Ärgernis für den Bürger, sie zersetzt die Fundamente des Gemeinwesens. „Ein Rechtsstaat, der die ihm gestellten Aufgaben nicht bewältigt“, meint der Lübecker Oberstaatsanwalt Christian Ankermann, sei „kein Rechtsstaat“ mehr. Den Kampf gegen die organisierte Kriminalität zum Beispiel, fürchtet

er, habe diese Republik bereits verloren.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker, 73, mahnte: „das Vertrauen des Bürgers in die Rechtsprechung“ hänge nicht nur davon ab, daß er Recht bekomme, sondern „auch davon, wann er es bekommt“.

Mehr als sieben Jahre mußte etwa der Münchner Rechtsanwalt Josef Cichon auf eine Anklageerhebung der Hambur-

Der Aufwand übersteigt den Wert der Sachen.

ger Staatsanwaltschaft warten. Im Juni 1985 hatte er im Auftrag eines Mandanten Anzeigen gegen zwei Steuerberater wegen Untreue und betrügerischer Manipulation gestellt. Erst neun Monate später erhielt Cichon die Bestätigung, daß das Ermittlungsverfahren „nunmehr“ unter dem Aktenzeichen 160 Js 161/86 „anhängig ist“.

Im Laufe der Jahre legte Cichon sieben Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Ermittler ein und protestierte bei Senat und Petitionsausschuß der Hansestadt. Trotzdem wurde der Fall immer wieder unter verschiedenen Dezernen-

ten der Hamburger Justiz weitergereicht. Im Oktober 1990 wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das eineinhalb Jahre später, im Mai 1992, vorlag.

Zu diesem Zeitpunkt war einer der Beschuldigten bereits gestorben. Im September 1992 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den verbliebenen Beschuldigten. Doch auch der kam ohne Prozeß davon: Der Fall, entschied das Landgericht Hamburg, immerhin bereits zwei Monate später, sei inzwischen verjährt.

Ähnliche Erfahrungen machen Steuerzahler, wenn sie versuchen, gegen das Finanzamt zu klagen. In nordrhein-westfälischen Finanzgerichten liegt die Akte im Schnitt rund fünf Jahre auf Halde. Wer dort kein Recht bekommt und dann vor den Bundesfinanzhof zieht, muß sich auf weitere zehn Jahre einrichten.

Beim Verwaltungsgericht Köln dauern selbst Eilverfahren im Schnitt 3,7 Monate. Vor zehn Jahren kamen die Richter noch in 1,7 Monaten zu einem Urteil. Für ein normales Klageverfahren benötigt das Gericht satte 13 Monate – und das ist nur die erste Instanz.

Gerichtspräsident Ernst Kutscheidt kennt die Probleme seiner Kundschaft. Wer Jahre brauche, um eine Baugenehmigung für sein Haus einzuklagen, dem seien bis zu einem Richterspruch „die Preise längst davongelaufen“.

Prozesse dauern nicht nur ewig, sie sind auch unmäßig teuer geworden: Bei einem Verfahren vor dem Kieler Amtsgericht wurden drei Angeklagte wegen gemeinschaftlichen Betruges zu Bewährungsstrafen verurteilt, ein vierter kam mit einer Geldstrafe davon. Es ging um einen Schaden von 6000 Mark – unbedeutender Prozeßstoff.

Um den aber zu bewältigen, brauchten die beiden Richter mit ihren Schöffen 77 Verhandlungstage, verteilt auf sieben Jahre. Allein die Vernehmung eines einzigen Zeugen kostete rund 150 000 Mark – der Mann war im Verlauf des Prozesses nach Südafrika umgezogen. Die Richter, zwei Schöffen und der Staatsanwalt flogen erster Klasse ans Kap, die fünf Anwälte beschieden sich mit Business Class.

Längst verursachen aber auch schlichte Zivilprozesse Kosten, die über den Summen liegen, um die gestritten wird. Ein Team um den



Berlin-Moabit): „Wenn man uns nicht hilft, dann saufen wir ab“



Amtsrichter Maly-Motta: „Wir suchen verzweifelt Leute“

Wiesbadener Fachautor und .Anwalt Hans Franzen hat berechnet, daß ein Streit, der ab Amtsgericht über zwei Instanzen durchgefochten wird, die Volkswirtschaft rund 8500 Mark kostet – mit Richtergehältern, Anwaltskosten, Schreibkräften und Briefmarken.

Dieser Aufwand übersteigt den Wert der Sachen, um die gestritten wird, so Franzen, „zum Teil um ein Vielfaches“. Denn vor dem Amtsgericht wird um Streitgegenstände prozessiert, die höchstens 10 000 Mark wert sind.

Am Richtermangel können Kostenexplosion wie Prozeßdauer nicht liegen. Obwohl die Bundesrepublik bei der Anzahl von Richtern und Staatsanwälten

pro Kopf der Bevölkerung weltweit in der Spitze liege, so der Berliner Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Heinze, „laufen die Verfahren hier länger als im Ausland“.

Zumindest für die Zeit vor der Vereinigung ist dies belegbar: Nach einer Statistik des Bonner Justizministeriums hatte sich 1989 in den alten Bundesländern ein Richter um 3470 Deutsche zu kümmern. In Frankreich kam einer auf 9159 Einwohner, in den Niederlanden einer auf 9323. In Dänemark schaffte ein Richter gar 17 038 Bürger. Nur in Luxemburg und Griechenland gab es mehr Richter pro Einwohner als in Deutschland.

Doch die deutschen Richter stöhnen, sie würden der Prozeßflut nicht mehr Herr. Seine Kollegen hätten, so der frühere Tübinger Landgerichtspräsident Kurt Rudolph, „im Grunde nur die Wahl, hinauszuschlappen oder Rückstände zu machen – und tun nicht selten beides“. Jede „Krankheit, jede Schwangerschaft, jede Urlaubsvertretung“ könne „zur mittleren Katastrophe“ werden.

Bei einzelnen überlasteten Gerichten, vor allem in Großstädten, ist das Jammern berechtigt. Bundesweit aber sank die Zahl der Klagen in den wichtigsten Gerichtszweigen während der vergangenen Jahre. So wurden 1986 noch rund 2,15 Millionen Zivilverfahren bei den

„Es ist schlimmer gekommen als befürchtet.“

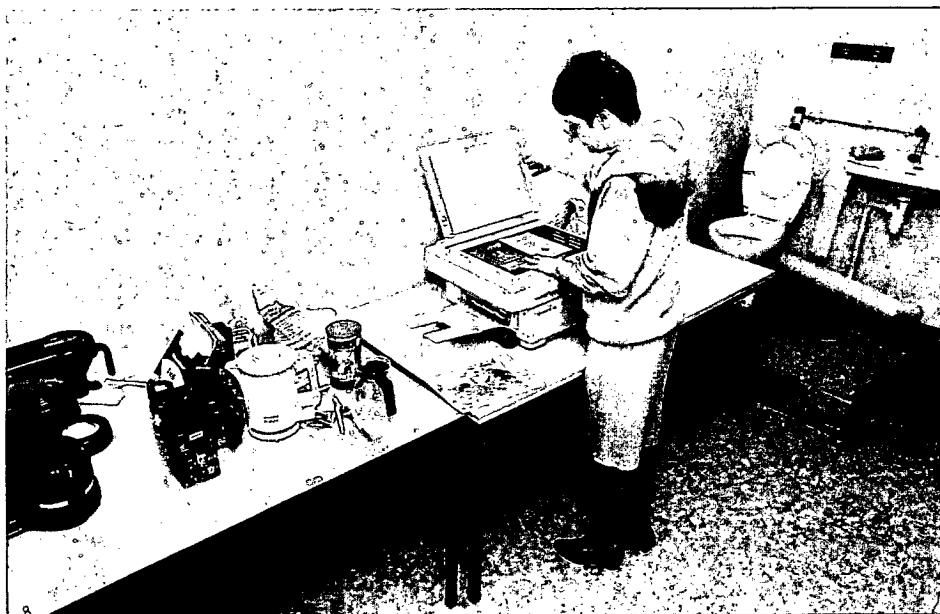
Land- und Amtsgerichten angestrengt; 1991 waren es in den alten Bundesländern nur noch zwei Millionen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Richter insgesamt von 17 200 auf über 17 900.

Im Osten dagegen hat die Justiz tatsächlich alle Hände voll zu tun. Kamen 1990 noch 48 980 Zivilsachen neu in die erste Instanz, so waren es 1991 schon 76 851. Der Anteil der Prozesse, die pro Jahr erledigt wurden, sackte von 87 Prozent auf 70 Prozent.

„Wir geben unser Letztes“, sagt Klaus Tischmeyer, Präsident des Landesarbeitsgerichtes Berlin. Er wisse nicht, woher er „die Kräfte nehmen soll“. Allein durch die Vereinigungskriminalität sei es „schlimmer gekommen, als man es befürchtet hat“, meint der Berliner Oberstaatsanwalt Joachim Erbe, „und es wird höchstwahrscheinlich noch schlimmer kommen“. In Sachsen werde gar „ein erheblicher Teil“ der Straftaten des SED-Regimes verjähren, prophezeit der zuständige Dresdner Staatsanwalt Ulrich Meinerzhagen.

Um das Schlimmste zu vermeiden, will der Bundestag jetzt im Eilverfahren ein Gesetz verabschieden, das die Verjährungsfrist für sogenannte Bagatelldelikte des DDR-Sicherheitsapparates wenigstens über den 3. Oktober dieses Jahres hinaus bis Ende 1995 verschiebt. Doch auch dann, glaubt Meinerzhagen, werde es angesichts des Richtermangels im Osten kaum gelingen, jeden Schläger oder Spitzel der Stasi rechtzeitig abzuurteilen.

Währenddessen verlangt Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mehr En-



Justiz-Kopierraum*: „Antiquiert, aufwendig, fehlerträchtig“

* Im Schweriner Justizgebäude.

Handel mit Gerechtigkeit

Der Stuttgarter Oberstaatsanwalt Werner Schmidt-Hieber über den Deal vor Gericht

Schmidt-Hieber, 48, gehörte zu den ersten Befürwortern des Deals, der Absprache zwischen Täter und Richter. Inzwischen aber sieht er diese Methode zur flotten Erledigung der Verfahren durch die „Bevorzugung wohlhabender Täter“ pervertiert.

Ein Lehrer, der heute mit seiner Schulkasse das Gericht besucht, darf sich nicht mit einem einzigen Strafprozeß begnügen: Er wird seinen Schülern zeigen müssen, daß die kaltblütige Pedanterie des Strafverfahrens nur den Armen und Schwachen gilt. Je höher der soziale Status eines Angeklagten, desto menschlicher wird die Justiz.

Der Grund dafür ist der sogenannte Deal, das Feilschen mit der Justiz. Der Angeklagte mit seinem Verteidiger verzichtet auf einen aufwendigen Prozeß, gesteht seine Schuld, und dafür erhält er bei der Strafe einen kräftigen Rabatt.

Das funktioniert vor allem bei großen Prozessen, bei Wirtschafts- oder Umweltstraftaten beispielsweise. Denn dort kann der Angeklagte mit einem unendlichen Prozeß drohen, vorausgesetzt, er leistet sich einen teuren Verteidiger.

Jedes zweite bis dritte Strafverfahren dürfte heute schon per Deal erledigt werden. Diese rasante Verbreitung der Absprachen hat mit den ursprünglichen Anliegen nichts mehr zu tun. Sie sollten die Verfahren menschlicher machen und dem Angeklagten die Chance bieten, Einsicht in das begangene Unrecht zu erlangen. Der Deal sollte jedem Straftäter zugute kommen.

Heute aber hat die Entscheidung des Richters und des Staatsanwaltes für oder gegen den Handel nur den eigenen Nutzen im Auge: Wie bekomme ich mein Verfahren am schnellsten und bequemsten vom Tisch? Dieser unverhohlene Opportunismus einer überlasteten Justiz schafft ein Zweiklassen-Strafrecht,

eine kaum faßbare Bevorzugung des Wohlstandskriminellen.

Kaum eine Chance hat der Kleinkriminelle; er ist den Förmlichkeiten der Justiz bis zur Komik unterworfen. Er darf nur nach Aufforderung aufstehen, sich hinsetzen, reden – und wird beliebig unterbrochen.

Kommt er doch einmal zusammenhängend zu Wort, wirkt seine ungeschickte Einlassung im Vergleich mit der geschliffenen Kanzelhörhetik des Staatsanwaltes um so

Gelegenheit vorbringt. Das Gericht hört aufmerksam zu und nickt zuweilen verständnisvoll.

Der Angeklagte kann Antwort verlangen, nachfassen, auf Festlegung drängen, Vorurteile und Mißverständnisse korrigieren, kurzum: Der Angeklagte kann mit der Gerechtigkeit Handel treiben.

Die Strafe wird dann im Wege gegenseitigen Nachgebens ermittelt. Plädoyers und Urteilsverkündung sind nur noch Formel-Hokusokus.

Danach verabschiedet man sich freundlich und per Handschlag.

Aber einen beschlagenen, gewieften Verteidiger, der es versteht, die Furcht vor einem mühseligen und endlosen Prozeß zu schüren, muß man bezahlen können – womöglich über Wochen und Monate hinweg, um Staatsanwalt und Richter mürbe und verhandlungsbereit zu machen. Ein Tageshonorar von 5000 Mark ist für einen erfolgreichen Verteidiger keine Seltenheit.

Ist der Angeklagte hingegen Normalverdiener, dann wäre für die Justiz jede Art von Deal unnötiger Zeitverlust. Wie soll auch ein proletarischer Krimineller mit einer Verzögerung des Straf-

verfahrens drohen können? Richter und Staatsanwalt wissen genau, daß er Mühe und Not hat, die Verteidigergebühr für eine halbtägige Hauptverhandlung zu bezahlen. Wer sich nicht wehrt oder nicht wehren kann, wird so das Opfer des zynischen Rituals des Strafverfahrens.

Das Kuriose am Deal ist, daß er auch die Strafrichter in zwei Klassen teilt. Der wenig kompromißbereite und engagierte Richter sitzt Tag für Tag im stickigen Verhandlungssaal, wochenlang, und vernimmt einen Zeugen nach dem anderen.

Der andere, der flexible Richter hingegen, der per Deal einen Fall an einem Morgen erledigt, kann getrost nach dem Mittagessen zum Tennisspielen gehen. Ebenso wie der Angeklagte, mit dem er sich so rasch und harmonisch geeinigt hat.



Justiz-Kritiker Schmidt-Hieber: „Zynisches Ritual“

plumper. Weiß er überhaupt, ob man ihm zuhört? Schaut nicht der Staatsanwalt gelangweilt zur Decke? Schreibt nicht gar der Richter bereits die Urteilsgründe nieder? Schließlich wird die Strafe verkündet mit einer gekonnt dosierten Mischung aus Strenge und erhabenem Wohlwollen.

Einen anderen Eindruck bekommen die Schüler im nächsten Saal. Hier wird eine Wirtschafts-Strafsache verhandelt. Es herrscht zwanglose Konferenzatmosphäre. Den Angeklagten erkennt man nur daran, daß er im Unterschied zum Richter keine Robe trägt, sondern einen gediegenen Zweireiher. Ansonsten ist er gleichberechtigter Gesprächspartner, der seine Anliegen mit Hilfe seiner Verteidiger gewandt, nachdrücklich und zu jeder passenden

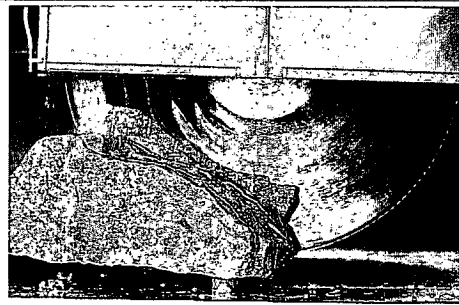


AUE EXKLUSIV Unternehmen einer Stadt

Eine Veröffentlichung der PR GRUPPE FRANKFURT Giel u. Partner GmbH, Telefon (069) 40586-0, Telefax (069) 40586-111, Telex 412532 PRFFM D

Steindesign

Feinste Granitzuschneide jeder Stärke und Form kommen seit 114 Jahren aus den eigenen Steinbrüchen des Hauses Salzer. Ob für den dekorativen, anspruchsvollen Innenausbau (Stufen, Dekor) oder aber für klassische Baumaßnahmen im Außenbereich (Gehwegplatten, Mauern, Fassaden, Abdeckungen), rund um die Uhr laufen die vollautomatischen Blockkreissägen mit CNC-Technik des traditionsreichen Familienbetriebes. Für den hohen Qualitätsstandard der Produkte steht die Philosophie der heutigen In-



Vollautomatische Blockkreissäge mit 3m Durchmesser

haber Axel und Carsten Salzer, nur heimische Materialien zu verwenden. Dazu kommt die Flexibilität des Unternehmens und der prompte Service vor Ort. Ein weiteres Marktsegment der Fachleute sind die Sonderzuschneide für Restaurationen, Bildhauerarbeiten, den Denkmalsbereich, Außenanlagen sowie die histori-

sche und moderne Brunnengestaltung.
Albrecht Salzer Granit
Bockauer Talstraße 15, 08280 Aue
Tel. & Fax: 03771-22598

Die Planungsprofis

Jahrzehntelange Erfahrungen in der Planung prägen das Profil des Unternehmens. In den Büros Architektur, Statik, Haustechnik und Tiefbau sorgen insgesamt 70 hochqualifizierte



Das komplett sanierte Herdergymnasium Schneeberg

Spezialisten um Geschäftsführer Frank Milster für einen reibungslosen Ablauf der Bauprojekte bis zur Übergabe. Die Firma ist Mitglied im „Verband unabhängig beratender Ingenieure“. Architektur- und Ingenieurbüro Aue Prof.-Dr.-R.-Beck-Straße 4, 08280 Aue
Tel.: 03771-51668, Fax: 51547

Leistungsfähiger Heizungsbau im Erzgebirge

Ein anerkannt qualifiziertes Team von 32 Mitarbeitern hat es in nur drei Jahren geschafft, trotz starker Mitbewerber aus Ost und West neue Maßstäbe zu setzen.

Bei zahlreichen Projekten im öffentlichen Bereich, im privaten Wohnungsbau, beim Bau von Supermärkten und Tankstellen überzeugte die FSH durch Qualität, Leistung und vernünftige Preise.

Ausgestattet mit derart hohem Know-How sucht die FSH jetzt enge Verbindungen zu Planungsbüros. Geboten werden Kooperationsleistungen z.B. für Revisions-, Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten.

FUCHS FSH Sanitär- und Heizungsbau GmbH
Dr.-Otto-Nuschke-Str. 28, 08280 Aue/Sachsen
Tel./Fax: 03771-51114

Komplettservice beim Bau

Vom ersten Anruf bis zur Schlüsselübergabe engagiert sich das eingespielte Team der Bauprojektierung „Glück-Auf“ um Dipl.-Ing. Thomas Schubert mit hohem persönlichen Einsatz. Für Wohn- und Gesellschaftsbauten, Gewerbe- und Gastronomieprojekte werden u.a. Finanzierungsberatung, Kostenplanerstellung und Bauüberwachung übernommen.

Ausschreibungen und das Einholen von Angeboten gehören ebenso zum umfassenden Service wie Entwurf und Tragwerksplanung. Als Spezialgebiet dieses Schneeberger Unternehmens hat sich in den letzten Jahren die Sanierung denkmalgeschützter Gebäude dieser Region herauskristallisiert.

Bauprojektierung „Glück-Auf“ GmbH
Kesselpfad 3, 08289 Schneeberg/Sachsen
Tel./Fax: 03772-2697

Installationen sind Vertrauenssache

Deshalb verlassen sich immer mehr Auftraggeber auf die Klempner & Rohrleger GmbH, den Meisterbetrieb mit dem auch überregional guten Namen.

Die kompliziertesten Probleme der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik werden von den 30 Mitarbeitern souverän bewältigt. Dabei ermöglicht der Fuhrpark mit 12 komplett ausgestatteten Werkzeugwagen eine größtmögliche Mobilität. In Wohnsiedlungen, Schulen, Autohäusern, Gesundheitseinrichtungen, Industrieanlagen und Bürokomplexen hat die Klempner & Rohrleger GmbH bisher ihr Können eindrucksvoll unter Beweis gestellt.
Klempner & Rohrleger GmbH
Brückenstraße 9, 08280 Aue/Sachsen
Tel.: 03771-20717

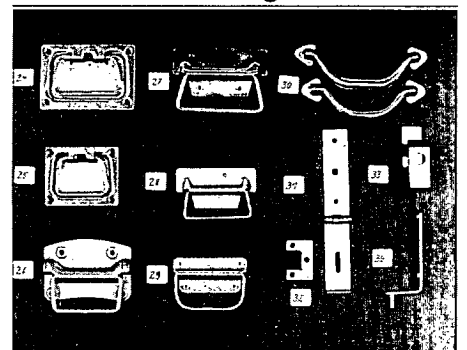


Die „König“ des Winkler-Gymnasiums Aue

Klimaservice werden von den 30 Mitarbeitern souverän bewältigt. Dabei ermöglicht der Fuhrpark mit 12 komplett ausgestatteten Werkzeugwagen eine größtmögliche Mobilität. In Wohnsiedlungen, Schulen, Autohäusern, Gesundheitseinrichtungen, Industrieanlagen und Bürokomplexen hat die Klempner & Rohrleger GmbH bisher ihr Können eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Klempner & Rohrleger GmbH
Brückenstraße 9, 08280 Aue/Sachsen
Tel.: 03771-20717

Beschlagen



Einblick in die Programmvietell

Ob für Kisten, Koffer und Schränke, jede Art von Beschlag in den verschiedensten Ausführungen und Materialien ist bei MBF zu haben. Hohlgriffe nach entsprechenden Sicherheitsvorschriften sowie Stanz-, Biege- und Ziehteile (genormt oder nicht) für jegliche Bauanwendung stehen ebenfalls auf dem Programm. Auch individuelle Formvorstellungen werden prompt verwirklicht.

MBF Metallwaren- & Beschlagfabrik
Industriestraße 14, 08312 Lauter
Tel. & Fax: 03771-256491

gagement der West-Juristen im Osten. Die Hälfte aller Richterposten in den neuen Ländern ist unbesetzt. Erst 2300 Richter sind rekrutiert worden. Folge: Ein Schweriner oder Dresdner Richter muß sich im Schnitt um mehr als doppelt so viele Einwohner kümmern wie sein Kollege in Freiburg oder Aachen.

West-Kollegen stöhnen zwar gern über die Verbrechenswoge, die immer weiter anschwellt. Rund 5,3 Millionen Straftaten registrierte das Bundeskriminalamt 1991, im vergangenen Jahr waren es schon 6,3 Millionen. Die Zahl der von der Polizei aufgeklärten Fälle stieg in den alten Bundesländern gleichzeitig von 2,16 Millionen auf 2,33 Millionen.

Aber damit haben weniger die Richter als vielmehr die Staatsanwaltschaften zu schaffen. Ein Großteil der Verfahren bringen die Ankläger gar nicht erst vor Gericht – wegen Geringfügigkeit oder weil sie nicht mehr dazu kommen, die Täter dingfest zu machen. „Die Staatsanwaltschaften sind überlastet wie nie“, bestätigt der hannoversche Kriminologe Christian Pfeiffer.

Allein bei der Staatsanwaltschaft am Hamburger Landgericht liegen Monat für Monat bis zu 15 000 Akten auf Hal-

Die Justizschreiber haben den Papierkrieg längst verloren.

de. In Berlin stieg die Zahl der Ermittlungsverfahren seit 1988 von 94 000 auf über 190 000 im vergangenen Jahr.

Nicht anders in Frankfurt: „Wir operieren fast am Rande des Infarkts“, klagt der Frankfurter Oberstaatsanwalt Hubert Harth. Aus Protest gegen den unhaltbaren Zustand trat sogar der fünfköpfige Staatsanwaltsrat zurück, die Personalvertretung der Ankläger.

In einer Untersuchung konnte eine interne Arbeitsgruppe der hessischen Staatsanwaltschaften vor wenigen Wochen nur die Kapitulation vor dem Verbrechen unterzeichnen. Sie könnten, stellten die Ermittler fest, weder Garantien „für ein rechtsstaatliches und faires Verfahren sein noch wirkungsvolle Strafverfolgung betreiben“.

Der Justizapparat klemmt nicht zuletzt, weil Schreibdienste und Geschäftsstellen nicht funktionieren. In einer Befragung des Bayerischen Richtervereins klagten im Landgerichtsbezirk Würzburg 73 Prozent der Richter und Staatsanwälte, sie bekämen „keine nennenswerte Unterstützung“ von der Justizverwaltung.

Der Schreibdienst hat in den meisten Gerichten den Papierkrieg längst verloren. Richter und Ankläger können schuften, wie sie wollen – ein Urteil, das

nicht vom Band abgetippt und unterschrieben wird, ist nichts wert.

Das mußten auch die Richter des Obergerichts Lüneburg lernen. Ihre Entscheidung zur Genehmigung des Kernkraftwerks Brokdorf wurde im April vom Gemeinsamen Senat der obersten Bundesgerichte in Karlsruhe aufgehoben, weil die schriftliche Begründung erst sechseinhalb Monate nach der Verkündung erfolgt war. Einer der Richter konnte sich, wie er zugab, bei der Unterschrift unter das Urteil nicht mehr an die Monate zuvor verkündete mündliche Begründung erinnern.

Auf zusammen mehr als 700 Seiten haben die Unternehmensberater der renommierten Firmen Wibera und Kienbaum im Auftrag des Bundesjustizministeriums und des Hamburger Senats analysiert, wo es bei Gericht hakt.

Drei bis sechs Wochen braucht die Justiz danach etwa im Schnitt, um eine einzige DIN-A4-Seite zu schreiben. Das Blatt wird dann vor allem hin- und hergeschoben: 93 bis 97 Prozent ihrer gesamten Durchlaufzeit verbringt eine Akte auf den Karren der Büroboten und Wachtmeister. Die Unternehmensberater bemängeln „Ineffizienz der Abläufe“ und „störanfällige“ Arbeitsteilung, „die sich an technisch-wirtschaftlichen Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts“ orientiere.

Die Aktenführung sei „antiquiert, aufwendig und fehlerträchtig“, Mitarbeiter seien „vielfach unerklärt abwesend“. Die Gutachter stießen auf mechanische „Schreibmaschinen mit Museumswert“, und statt moderner Diktiergeräte fanden sie „sehr oft noch alte Platten-Geräte“.

Viele Richter sind ab 15 Uhr nicht mehr telefonisch zu erreichen. Dann nämlich hat die Schicht in der Telefonzentrale meist Feierabend, lediglich eine Notbesetzung schiebt noch Dienst. Und die veralteten Anlagen lassen einen direkten Draht ins Richterzimmer oft nicht zu.

Die meisten Anwälte versuchen erst gar nicht mehr, etwa Termine fix per Telefon abzumachen. Sie schreiben statt

In den Büros der Gerichte die Technik von vorgestern.

dessen einen Antrag und lassen ihn zur Post bringen, denn nicht einmal die Hälfte der Amtsgerichte besitzen Faxgeräte.

Hauptprodukt der Gerichte sind eingestaubte Akten. Mikrofilme bilden die Ausnahme, vollgestopfte Aktenkeller sind die Regel. „Während andere Dienstleistungsunternehmen sich Gedanken über die Speicherkapazitäten ihrer Computer machen“, lästert der Düsseldorf Amtsgerichtspräsident Hans Dieter Heetfeld, „sorgen wir uns bei den Papierbergen um die Statik unseres Gebäudes.“

In manchen Gerichten müssen Suchkommandos regelmäßig in muffigen Gewölben nach verschollenen Akten fahnden. Nicht immer erfolgreich: Gegen eine Haftstrafe des Landgerichts Frankfurt ging ein mutmaßlicher Steuerhinterzieher in Revision. Darüber konnten die

* Mit Verfassungsgerichtspräsident Herzog.



Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger*: West-Juristen in den Osten

Das Outfit der Gesundheit



Erfolg erfordert vollen Einsatz – und daher mehr Vitamine und Mineralstoffe! Denn Stress, Zeitdruck und eine unausgewogene Ernährung erhöhen den Bedarf an diesen lebensnotwendigen Vitalstoffen deutlich.

Multivitol®

12 Vitamine 5 Mineralstoffe 4 Spurenelemente

beugt Mangelerscheinungen vor und sorgt für eine ausgewogene Rundumversorgung.



MV 9a

In Apotheken erhältlich.

Multivitol® (Filmtabletten) zur Vorbeugung und Behandlung von Mineralstoff- und Vitamin-Mangelzuständen. Bei chronischen, akuten oder fiebrigen Infektionen, während der Schwangerschaft sowie bei Einnahme von Arzneimitteln zur Empfängnisverhütung. Nicht anwenden bei Eisenverwertungsstörungen sowie vorliegender Eisenkumulation (z.B. Eisenspeicherkrankheit), bei Jodüberempfindlichkeit, Schilddrüsenüberfunktion und geschwächter Herzfunktion (dekompensierte Herzinsuffizienz). Multivitol eignet sich nicht zur Behandlung von speziellen schweren Vitaminmangelzuständen (z.B. Beriberi, Skorbit o.ä.) und der Perniziösen Anämie (eine durch Vitamin B₁₂-Mangel ausgelöste schwere Blutarmut). Es ist auch nicht für Kinder bestimmt. Nebenwirkungen sind nicht bekannt; in seltenen Fällen kann das enthaltene Eisen zu Unverträglichkeiten im Magen und Darm führen. Durch die Zufuhr von Vitamin B₁₂ kommt es zu intensiver Gelbfärbung des Urins.

HERMES ARZNEIMITTEL GMBH 82049 Großhesselohe/München.

Haben Sie das Steuerrad fest im Griff?

Wir kennen die Untiefen.

Die neue Zinsabschlagsteuer ist vom Stapel gelassen, die Wogen haben sich geglättet. Doch die Ruhe trügt. Unversehens gerät man in türkische Untiefen, die empfindliche finanzielle Löcher reißen. Sichern Sie sich deshalb jetzt das Know-how unserer Finanz-Experten, um die steuerlichen Vorteile für

Ihr Portefeuille genau auszuloten: Damit Freibeträge voll ausgeschöpft und laufende Bareinnahmen erhöht werden. Wir sagen Ihnen, wie Sie alle Untiefen sicher umsteuern können. Anruf genügt: **0421-3684292**



KREDIETBANK-BANKVEREIN AG

DIE BANK FÜR IHREN ERFOLG

Bremen · Düsseldorf · Frankfurt · Berlin
Hauptsitz 28195 Bremen, Wachtstraße 16, Tel. 0421-3684-0
Niederlassung 40212 Düsseldorf, Bahnstraße 17, Tel. 0211-130750
Niederlassung 60325 Frankfurt, Mendelssohnstraße 75-77, Tel. 069-7561930
Niederlassung 10179 Berlin, Wallstraße 9-13, Tel. 030-2030711

Oberrichter dann jedoch monatelang nicht entscheiden. „Die Akten ebenso wie die Handakten der Staatsanwaltschaft“, so bedauerte das Landgericht in einem Beschluß vom vergangenen Jahr, seien „seit geraumer Zeit außer Kontrolle“.

Zwar hatten Bedienstete eilends versucht, das verschwundene Konvolut wieder neu aufzubauen. Doch „nach Beginn der Rekonstruktion der Akten“, schrieben die Richter, „sind nun auch diese rekonstruierten Akten nicht mehr auffindbar“.

Finster sieht es nicht nur in den Kellern der Gerichte aus, sondern auch darüber: In den Geschäftsstellen der Amtsgerichte müssen sich fast die Hälfte der Angestellten noch mit mechanischen Schreibmaschinen plagen. Und wo es elektrisch klappert, werden Methusalems der Bürotechnik bis zum Exitus geschunden.

Moderne Datentechnik ist weithin unbekannt. Ältere Richter fürchten sich oft vor dem Gespenst der Computerjustiz.

Dabei arbeitet die geschmähte Computerjustiz längst – wenn auch ohne Computer: Ein Großteil der Verwaltungsarbeit ist stumpfe Routine, Urteile werden seitenweise aus Standardformulierungen zusammengenagelt. Nur fünf Prozent der Amtsrichter aber haben einen PC oder ein Terminal auf dem Schreibtisch stehen. „Ein Wirtschaftsunternehmen wäre bei dieser Arbeitsweise vermutlich längst in Konkurs“, stellte der Landesverband der Richter in Nordrhein-Westfalen fest.

Noch übler als die museale Ausstattung ist die chaotische Organisation der Gerichte. Die Wibera-Gutachter verfolgten den Ablauf einer normalen Klage bei einem Verwaltungsgericht. Dabei zählten sie 291 einzelne Arbeitsschritte in verschiedenen Stellen des Gerichts. Das geht von „Post annehmen“ über das „Schreiben an Beteiligte“ bis hin zur „Abgabe ans Archiv“.

Allein 57mal taucht der Posten „Vermerk in Bewegungsregister anbringen“ auf – immer dann, wenn die Akte von einem Zimmer zum anderen gekarrt werden mußte.

Die Aktentransporte hätten „derart zugenommen“, so die hausinterne Untersuchung der hessischen Staatsanwaltschaften, daß die zuständigen Wachtmeister inzwischen „berufsspezifische Krankheiten“ bekommen würden: „Leistenbrüche und Bandscheibenschäden sind verbreitet.“

Die Wachtmeister melden sich zunehmend krank. In einer hessischen Staatsanwaltschaft hätten die Ankläger deshalb, so der Abschlußbericht vom Januar, schon selbst „mit Gurten zusammengeknürte schwere Aktenpakete“ schleppen müssen – teilweise „über

mehrere Stockwerke und zwischen verschiedenen Dienstgebäuden“.

Methoden aus der Ära der Ärmelschoner bremsen zudem den ohnehin flauen Tatendrang der Mitarbeiter. In den zentralen Schreibbüros etwa wird den Angestellten die Arbeit meist noch per Eingangskasten zugeteilt. Ist das Körbchen leer gearbeitet, packt der Schreibdienstleiter Nachschub hinein.

Nach diesem System bestraft sich derjenige selbst, der schnell arbeitet. Die Schreiber tippen gerade so langsam, daß immer ein Vorrat an unerledigten Arbeiten liegenbleibt.

Zusätzlich demotiviert wird das Fußvolk der Justiz durch die Sperrmüllausstattung vieler Gerichte. Die Justiz sei als „Arbeitgeber nicht mehr attraktiv“, weiß Peter Maly-Motta, 50, Richter am Amtsgericht Fürstenfeldbruck, sie kranke an ihrem „Armenhaus-Image“.

Rund 20 Prozent der Stellen im Unterbau seines Gerichts seien nicht zu besetzen: „Wir suchen verzweifelt Leute.“ Allein in Bayern schmeißen pro Jahr 150 bis 180 Geschäftsstellenbedienstete

Die Justiz krankt an ihrem Armenhaus-Image.

ihren Job hin. Magere Aufstiegschancen und mieses Gehalt beim Staat treiben sie in die freie Wirtschaft.

Justizschreiber verdienen rund 2000 Mark netto pro Monat – zu wenig in Großstädten wie Frankfurt oder München, wo Zwei-Zimmer-Wohnungen warm selten unter 800 Mark zu bekommen sind. Ohne bessere Arbeitsbedingungen sei deshalb der „Zusammenbruch der Justiz unaufhaltsam“, prophezeit Gerhard Detter, Vorsitzender des Hauptpersonalrates der bayerischen Justiz.

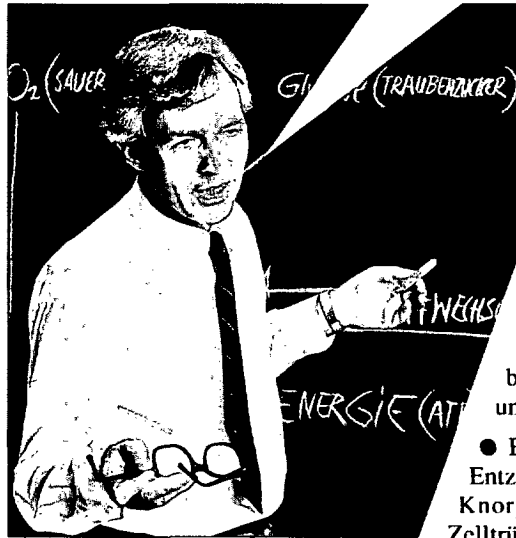
Demotivierend für die Bediensteten sind auch die Freiheiten, die sich viele Richter herausnehmen, um blanke Faulheit zu tarnen. Finanzrichter etwa, meinen Justizpraktiker, könnten ihren Job leicht an einem Tag pro Woche schaffen.

Das mangelnde Engagement liegt in der Natur der drögen Sache: Jura sei „durchweg ein Verlegenheitsstudium“ geworden, klagt Münsters Landgerichtspräsident Helmut Proppe.

Der Richterstuhl lockt nach dem Examen meist die Kandidaten, die nicht allzuviel verdienen, aber auch nicht allzuviel arbeiten wollen. Es sei „weit verbreitet, daß das ein gemütliches Leben ist“, sagt Christoph Klaas, Präsidiumsmitglied der Internationalen Juristen-Kommission in Deutschland.

Weil das bequeme Richterleben lockt, stöhnen die Staatsanwaltschaften unter Personalnot. „Auf unsere Stellen bewirbt sich niemand“, klagt der hannoversche

Das Spezialvitamin für den Gelenkschutz



Eusovit 300 fördert die Durchblutung, stärkt die Nervenzellen und steigert die Vitalität. Aber wußten Sie schon, wie wichtig das hochdosierte Eusovit 300 für die Gelenke und die Vorbeugung gegen Gelenkverschleiß (Arthrose) ist?

- Eusovit 300 erhöht den Vitamin E-Gehalt der Gelenkschmiere, der bei Rheuma-Patienten erniedrigt ist und schützt vor Arthrose.

- Eusovit 300 lindert schmerzhaft Entzündungen im Gelenk, weil es vom Knorpel abgesonderte Reizstoffe und Zelltrümmer unschädlich macht.

- Eusovit 300 erhöht die Gleitfähigkeit im Gelenk und verbessert die Ernährung der Gelenkkapsel mit ihren Bändern und Muskelfasern.

Eusovit® 300

Eusovit 300 bei Erkrankungen des Stütz- und Muskelgewebes und Durchblutungsstörungen durch Gefäßverkalkung. Wölfer Bovenau 17/96

Hat Mario

selben schuld?

Viele Kinder in der Dritten Welt leisten tagtäglich Schwerarbeit, um zu überleben. Ausbildung und Gesundheitsschutz kennen sie nicht. Noch nicht. Begleiten Sie Kinder wie Mario in eine menschenwürdigere Zukunft. Als Pate bei PLAN INTERNATIONAL.

Kinder in Not können sich nicht selbst helfen. Darum fördert PLAN INTERNATIONAL durch Patenschaften sinnvolle Kleinprojekte in der Dritten Welt – wie Schulen, Brunnen und Krankenstationen. Sie werden immer in Eigenarbeit realisiert und stärken so das gesamte Umfeld der unterstützten Kinder und ihrer Familien. Mit 42,- DM im Monat können auch Sie benachteiligten Kindern den Start erleichtern – eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Welt. Walter Scheel, Peter Scholl-Latour u.v.a. engagieren sich für PLAN INTERNATIONAL.



Menschlich denken, mit Plan handeln.

JA, ich will helfen!

Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Bitte Coupon ausschneiden und senden an:
PLAN INTERNATIONAL DEUTSCHLAND e.V.
Postfach 60 20 09, 22220 Hamburg
Tel. 0 40/61 45 55, Fax 0 40/690 57 40

Oberstaatsanwalt Klaus Ramberg. „Bei den Gerichten“, so hörte Ramberg vom juristischen Nachwuchs, sei „das Leben noch nicht so belastet“ wie bei den gestreßten Ermittlern. Die ausgezeichnete Hamburger Staatsanwaltschaft muß gar schon ihre Lehrlinge in die Prozesse schicken, Referendare, die ihre Ausbildung noch nicht beendet haben.

Anders als Staatsanwälte, Angestellte oder Arbeiter müssen Richter eine Rüge ihrer Vorgesetzten kaum fürchten. Sie sind nahezu unangreifbar. Das Grundgesetz schreibt fest: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.“

Was Unabhängigkeit ist, entscheiden die Richter selbst. Der Karlsruher Bundesgerichtshof (BGH) hat in einer ganzen Reihe von Urteilen ihr Recht auf Faulheit zum geschützten Gut erklärt:

- ▷ „Es entspricht herrschender Auffassung, daß Richter zur Einhaltung allgemein festgesetzter Dienststunden nicht verpflichtet sind.“
- ▷ „Es stellt eine Beeinträchtigung der richterlichen Unabhängigkeit dar, wenn der Dienstvorgesetzte bemängelt, daß der Richter der Anregung nicht nachgekommen ist, mehr als einen Sitzungstag in der Woche abzuhalten.“
- ▷ „Es ist unzulässig, daß der Dienstvorgesetzte einen Richter ersucht, ganz bestimmte Verfahren aus seinem Dezernat umgehend zu bearbeiten.“

Keine Vorschrift regelt, wieviel oder auch nur wie lange ein Richter zu arbeiten hat. Die internen Dienstzeugnisse taugen bestenfalls als Altpapier. Aussagekraft haben sie nicht, weil laut BGH schon dezenteste Bemerkungen verboten sind wie: „Die Verhandlung könnte etwas straffer sein.“

Ein Kollege vom Amtsgericht schoß sich, so der Kölner Ex-Richter und Fachautor Egon Schneider, 66, „geradezu mit der prozessualen Kalaschnikow auf seine Verwaltung ein“. Innerhalb von sechs Jahren wählte er sich 54mal in seiner richterlichen Unabhängigkeit beeinträchtigt und klagte.

So hatten sich seine Vorgesetzten zum Beispiel erdreistet, ihm einen sechsmonatigen unbezahlten Urlaub zu verweigern. Dabei wollte er in diesem Sonderurlaub seine



Bagatelldelikt Schwarzfahren: Fahrschein vom Staat

„Dissertation überarbeiten, eine Reise machen“ und außerdem „in Ruhe überlegen“, wie er seine „weitere berufliche Laufbahn gestalten werde“. Das ging selbst den Bundesrichtern zu weit, sie ließen den Kollegen abblitzen.

In einem anderen Fall entschied der BGH aber so, daß Richter sich Sonderurlaub ständig selbst verschaffen können: Zu Hause, so urteilten die Bundesrichter, würden ihre Standesgenossen „in anderer Umgebung und mit freier Zeiteinteilung um so ungestörter und in-

tensiver“ arbeiten können. Schließlich sei „Rechtsfindung nicht das Ergebnis eines behördlichen Ablaufs, sondern eines höchstpersönlichen Erkenntnisprozesses“.

Mancher Richter mäht aber auch nur den Rasen. Ein altes Privileg der Richter sind die Gerichtsferien – jeweils vom 15. Juli bis zum 15. September. Viele Zivilverfahren ruhen in diesen zwei Monaten.

Die Ferien, vor über 100 Jahren eingeführt, sollten es den offenbar einst unterernährten Richtern ermöglichen, auf den heimischen Äckern ihre Ernte einzubringen. Auf Initiative des Bundesra-



Schwerverbrechen Bankraub
Bankrotterklärung der Justiz

Deutsche Richter dürfen schlafen, nur nicht schnarchen.

tes soll demnächst der Bundestag prüfen, ob der Sonderurlaub der Richter abgeschafft werden kann.

Selbst wenn Richter – oft an nur einem Tag pro Woche – auf ihrem Stuhl thronen, dürfen sie beim Prozeß einnicken. Das Bundesverwaltungsgericht entschied, daß beisitzende Richter (Kollegenspott: „Beischläfer“) sich erst dann rechtswidrig verhalten, wenn „tiefes, hörbares und gleichmäßiges Atmen oder gar Schnarchen“ zu hören ist.

Die Schuld am lahmen Tempo der Justiz suchen die Richter mit Vorliebe bei anderen. Imke Rodrian vom Deutschen Richterbund etwa beklagt, die Polizei führe ihre Verdächtigen nicht schnell genug bei den Haftrichtern vor und die Justiz werde von den Politikern nicht genügend ausgerüstet, wodurch „sachgerechte Entscheidungen“ nur schwer ge-

troffen werden könnten. Oft genug stellt sich Justitia aber auch selbst ein Bein.

So schaffte es die überlastete Staatsanwaltschaft Berlin, einen polnischen Arzt bundesweit per Haftbefehl suchen zu lassen; er hatte in einem Berliner Kaufhaus eine Videokassette geklaut und war der Justizkasse vier Mark schuldig geblieben. Grenzbeamte schnappten ihn am bayerischen Übergang Mittenwald. Der Pole zahlte die vier Mark an der Grenze und durfte weiterreisen.

Justizmüll sind auch die Verfahren gegen Bürger, die ihr Ticket für die U-Bahn nicht bezahlt haben: Bei der Hamburger Staatsanwaltschaft etwa machen diese Fälle rund 20 Prozent aller Ermittlungsverfahren aus. Manche Schwarzfahrer landen sogar in Haft, was den Steuerzahler mehr als 150 Mark pro Tag kostet. Andere, die ihre Strafe nicht zahlen können, müssen sie abarbeiten. Damit sie zur Arbeit nicht wieder schwarzfahren müssen, zahlt die Gerichtshilfe die Fahrscheine.

Zu Recht beklagen die Richter allerdings, der Bundestag behindere sie ständig mit neuen, unausgerekten Gesetzen. Kaum ein Land leistet sich einen so dichten Gesetzesverhauf – einer der Gründe, warum die europäischen Nachbarn mit weniger Richtern auskommen.

„Der Lasteneseel wird immer schwerer bepackt auf immer steilere Wege geführt“, kritisiert Richter Maly-Motta. In manchen Fällen seien Juristen schon froh, wenn sie „ein Jahr lang mit einem unveränderten Gesetz arbeiten können“, sagt Joachim Arntz, Vorsitzender Richter beim Verwaltungsgericht Köln.

Versuche, die Gerichte durch Absprachen zwischen Richtern und Tätern zu entlasten, erweisen sich zunehmend als fragwürdig (siehe Kasten Seite 78). Umstritten ist auch ein neues Gesetz, mit dem der Bundestag eine Schneise durchs Recht geschlagen hat: Vor allem Wirtschafts- und Umweltkriminelle können leicht und ohne Aufsehen davonkommen.

Das „Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege“ erlaubt beispielsweise, daß Haftstrafen bis zu einem Jahr auf Bewährung per Strafbefehl verhängt werden können – schriftlich also und ohne öffentlichen Prozeß.

Das Gericht spart sich so die in Wirtschaftsverfahren oder Umweltprozessen besonders langwierige Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung – allerdings nur, wenn der Angeschuldigte einen Verteidiger hat.

Der Verteidiger wiederum, warnen Experten, wird dabei nur mitspielen, wenn eine niedrigere Strafe als bei einer regulären Verhandlung angeboten wird. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* höhnte über die neue „Mogelpackung Justiz Light“.

So ist es. Kriminelle Manager und Unternehmer, die ihre Region verpesten, „fürchten in aller Regel eine öffentliche Hauptverhandlung mehr als die zu erwartende Strafe“, weiß Hermann Bachmaier, SPD-Abgeordneter im Rechtsausschuß des Bundestages. Und „wo die Kontrolle fehlt“, warnte die *Stuttgarter Zeitung* vor dem neuen Gesetz, „verludern die Sitten“.

Das neue Gesetz soll Richterstellen vor allem dadurch sparen, daß ein Großteil der Zivil- und Strafverfahren vom Landgericht zum untergeordneten Amtsgericht verlagert und insgesamt von wenigen Richtern entschieden wird. Experten bezweifeln, daß sich dadurch die Justizmisere beheben läßt. „Keine

stizausgaben von knapp 494 Millionen Mark. Rund eine Million Mark hingen wollen sich die Hamburger allein die Einrichtung eines Justizkindergartens kosten lassen.

Die Verwaltungsbeamten könnten besser motiviert werden, wenn sie statt wie bisher in großen Geschäftsstellen und Kanzleien in kleineren Einheiten direkt mit den Richtern zusammenarbeiten dürften. Eine Service-Einheit, so ein Vorschlag der hausinternen Arbeitsgruppe der hessischen Staatsanwaltschaften, könne die verschiedenen, extrem arbeitsteiligen Büros ersetzen.

Diese überschaubare Truppe solle das gesamte Verfahren von Anfang bis zum Ende begleiten. Dutzende von Akten-



Deutscher Gerichtsbote: „Leistenbrüche sind verbreitet“

Spur von Entlastung“ sieht etwa Gerhard Wenzel, Präsident des Landgerichts Darmstadt. Das Gesetz werde „mehr Probleme schaffen als lösen“.

So können Straftäter gegen ein Amtsgerichtsurteil zum Beispiel in die Berufung gehen. Damit landet der Fall dann doch vor dem Landgericht. Wirkliche „Effizienzverbesserungen“, empfehlen dagegen die Unternehmensberater der Firma Kienbaum, seien vor allem durch eine Modernisierung des Apparats zu erreichen. So könnte in den Geschäftsstellen der Amtsgerichte allein schon der Einsatz von Computern helfen.

So recht aber hat das Gutachten die Justizminister nicht überzeugt. Hamburg hat im laufenden Haushaltsjahr 1993 weniger als zwei Millionen Mark für neue Datentechnik reserviert – das sind nur 0,4 Prozent aller geplanten Ju-

transporten zwischen Kanzlei und Geschäftsstelle könnten entfallen.

Neben einer modernen Organisation fordern Hessens Staatsanwälte vor allem mehr Geld für ihre im Vergleich zur freien Wirtschaft unterbezahlten Mitarbeiter. Ohne „entscheidende Veränderungen in der Tarif- und Besoldungsstruktur“, schreiben sie in ihrem Bericht, werde es „nicht gelingen, der Fehlentwicklung Herr zu werden“.

Denn noch schiebt ein Großteil des Fußvolkes der Justiz Dienst nach Vorschrift. So müssen Hamburger Strafverteidiger oder Staatsanwälte ihre Plädoyers oft mittendrin unterbrechen.

Denn Punkt 16 Uhr machen die Wachtmeister in der Straffjustiz Feierabend: Sie schließen den Bau ab, nachdem sie all die hohen Herren rigoros vor die Tür gesetzt haben. □